

## ➤ Wenn Pflege unbezahlbar wird

### Immer mehr Senioren in Deutschland werden von billigen Helfern aus Osteuropa versorgt

Marianne Rudischer aus Wuppertal ist erleichtert. Endlich hat sie eine Betreuung für ihren pflegebedürftigen Vater, der etwa anderthalb Autostunden entfernt wohnt, gefunden. In ihrem Fall kommt die Rettung aus Polen: Zuerst wohnte Peter für ein paar Monate beim Vater, jetzt ist Michael im Haus. Der 28-Jährige kocht, putzt, geht Einkaufen, achtet auf den rechtzeitigen Wechsel der Windeln und leistet dem 81-Jährigen vor allem Gesellschaft.

Immer mehr Menschen haben Probleme damit, die Versorgung für pflegebedürftige Eltern oder erkrankte Partner zu organisieren. Vor allem, wenn die Angehörigen weit entfernt wohnen und die Betroffenen in ihren eigenen vier Wänden bleiben wollen, wird es schwierig, eine angemessene und gleichzeitig bezahlbare Hilfe zu finden. Denn nur wenige können sich eine 24-Stunden-Pflege durch eine ortsansässige Pflegestation leisten. Und so setzen mehr und mehr Deutsche auf helfende Hände aus dem Osten – aus Polen, den baltischen Staaten, Rumänien oder der Tschechischen Republik. Und längst nicht immer ist das Arbeitsverhältnis – wie im Fall von Marianne Rudischer – legal.

Was es bedeuten kann, auf einheimische Pflegedienste zurückzugreifen, hat eine Ärztin

aus Nordrhein-Westfalen, die nicht namentlich genannt werden möchte, erfahren. Für ihre pflegebedürftige 79-jährige Mutter, die in der Nähe von Stuttgart wohnt, hat sie bei einem privaten Pflegedienst eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung gebucht. Sie muss dafür tief in die Tasche greifen: »Ich bezahle rund 5.000 Euro im Monat.« Für diese stolze Summe wohnen zwei Frauen im Wechsel jeweils 14 Tage im Haus der Mutter und gehen ihr von früh bis spät zur Hand. Zusätzlich kommt zweimal am Tag ein Mitarbeiter eines Pflegedienstes für die medizinische Pflege.

#### Mit dem Pflegegeld kommt keiner weit

Doch wer kann sich eine solche Versorgung leisten angesichts von 200, 300 oder maxi-

mal 400 Euro Pflegegeld, die die Pflegeversicherung je nach Pflegestufe zahlt? Kein Wunder also, dass Angebote von Pflegern aus den EU-Beitrittsländern verführerisch erscheinen – zumal solche, von denen die Sozialkassen und das Finanzamt nichts wissen. Ab 800 oder 1.000 Euro bieten Frauen und Männer Rund-um-die-Uhr-Dienste im Internet oder in Zeitungen an. »Wer dann noch das Pflegegeld abrechnet, kommt relativ billig weg«, sagt Diakonieschwester Luci Müller aus Zwingenberg in Südhessen. Immer häufiger erlebt sie, wie Familien von einem Tag auf den anderen den ambulanten Pflegedienst der Diakonie abbestellen, angeblich, weil sie es »jetzt selber machen wollen«. Oft steht dann schon ein paar Tage später eine Osteuropäerin an der Haustür. Natürlich hat Luci Müller nichts gegen diese Frauen, aber

Foto: MEV

Sind die deutschen Pflegedienste unbezahlbar geworden? Immer mehr Senioren setzen auf ausländische Helfer.



sie hat etwas gegen Schwarzarbeit. »Vor allem dann, wenn der Effekt ist, dass wir unsere Pflegekräfte entlassen müssen.«

Auch Bernd Tews, Geschäftsführer des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (BPA), fürchtet die zunehmende und illegale Konkurrenz aus dem Osten. »Das Unrechtsbewusstsein der Angehörigen von Pflegebedürftigen, die diese Arbeitsverhältnisse eingehen, ist oft nur gering ausgeprägt«, bemängelt er. Das habe seinen Grund auch darin, dass politisch Verantwortliche die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung in diesem Bereich nicht ausreichend vorantrieben.

### Schwarzarbeit ist für den Zoll schwer zu kontrollieren

Im Bundesfinanzministerium, dem die Finanzkontrolle Schwarzarbeit unterstellt ist, will man derlei Vorwürfe nicht gelten lassen: Wie in jeder anderen Branche ginge die Finanzkontrolle Schwarzarbeit – sprich der Zoll – konkreten Hinweisen auf Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der häuslichen Pflege nach, teilt ein Pressesprecher mit. Allerdings könnten wegen des besonderen verfassungsrechtlichen Schutzes der Wohnung Privaträume nur dann durchsucht werden, wenn ein richterlicher Durchsuchungsbeschluss wegen hinreichender Anhaltspunkte vorliege.

Wie viele Osteuropäer hierzulande schwarz arbeiten oder die Vorteile der EU-Osterweiterung seit Mai 2004 ausnutzen, weiß niemand ganz genau. Der Linzer Schwarzarbeitsexperte Professor Friedrich Schneider geht von rund 100 000 illegalen Pflegekräf-

ten aus. Im Jahr erwirtschafteten sie Pflegeleistungen in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro. Dem Staat gingen dadurch Steuern und Sozialabgaben in Höhe von 350 Millionen Euro verloren. Kein Pappenstiel.

Doch nicht jeder Ausländer, der hierzulande in einem Haushalt arbeitet, tut dies schwarz. »Es geht auch ganz legal«, erklärt Joachim Matschy von der Agentur für Arbeit in Duisburg. Artikel 49 des EG-Vertrages erlaube, dass ein Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten seine Dienstleistungen – und damit auch die Pflegedienstleistungen – in ganz Europa anbietet. Das Unternehmen brauche dafür keine Arbeitserlaubnis. Es könne vielmehr Mitarbeiter, die schon eine Weile im Betrieb beschäftigt seien, auch für eine gewisse Zeit nach Deutschland entsenden. Zudem könnten osteuropäische Einzelunternehmer ihre Dienste in Deutschland anbieten.

### So wird die ausländische Hilfe legal

In beiden Fällen muss zwischen der deutschen Familie und den ausländischen Pflegern ein Dienstleistungs- oder Werkvertrag nach § 631 BGB geschlossen werden. Das ist dann, wie Matschy betont, kein »Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnis«, sondern ein »Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis«. Die Auftragnehmer werden ergebnis- und nicht zeitbezogen bezahlt. Außerdem muss ihnen freigestellt sein, wie sie die Arbeit erledigen. Das bedeutet, dass der Auftraggeber kein Weisungs- und Direktionsrecht hat.

Wichtig sei auch, dass durch den Vertrag klar werde, dass es sich um eine entsendefähige Firma handele. Im Klartext bedeute dies,

dass beispielsweise die entsendeten Polen die Entsendebestätigung E101 besäßen. Wer als Einzelunternehmer arbeite, sollte nicht nur eine Gewerbenummer besitzen, sondern auch nachweisen können, dass er auch für andere Auftraggeber arbeite.

Diesen Anforderungen versucht die Vermittlungs- und Beratungsagentur von Werner Tigges und Michael Gomolo mit Sitz in Paderborn und Schiltach zu genügen. Seit zwei Jahren vermitteln die beiden polnische Pflegekräfte – darunter auch Peter und Michael – für die Ganztagspflege. Die Klienten haben entweder in Polen ein eigenes Gewerbe als Pflegekraft angemeldet und bieten ihre Dienstleistung grenzüberschreitend an oder werden von einer polnischen Partnerfirma für eine gewisse Zeit nach Deutschland entsandt. In beiden Fällen sind die Helfer in Polen renten- und krankenversichert. Die Steuern werden je nach Modell mal in Polen mal in Deutschland fällig.

Abhängig vom Pflegebedarf und der Qualifikation der vermittelten Pflegekräfte kostet eine Vollzeitpflege in den eigenen vier Wänden, die von Werner Tigges und Michael Gomola vermittelt wird, zwischen 1 400 und 1 800 Euro im Monat. Hinzu kommt eine einmalige Vermittlungsgebühr von knapp 700 Euro. »Das ist nicht ganz billig, aber legal: Denn mit Schwarzarbeit haben wir nichts am Hut«, sagt Werner Tigges.

Karin Birk

### Info

Weitere Informationen:  
[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)